

sere Partei keine leeren Versprechungen macht, sondern Wort hält“, wie Genosse Erich Honecker auf der 2. Tagung des ZK betonte.

Das Volk
vertraut der Partei
und der Regierung

Die Politik des VIII. und IX. Parteitages hat sich in unserem Leben als der Weg erwiesen, der das Vertrauensverhältnis zwischen dem Volk der DDR, der Partei der Arbeiterklasse und der Regierung unseres sozialistischen Staates immer enger, immer fester gestaltet. Angeregt durch die sachliche und kritische Atmosphäre des IX. Parteitages und der Tagungen des ZK nehmen viele Werktätige immer konstruktiver, unmittelbarer, sachlich und zugleich auch kritisch an der Gestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung teil. Davon zeugen die 146 000 Eingaben, die in der Zeit der Wahlbewegung von den Bürgern eingereicht wurden. Sie sind von staatsbürgerlicher Verantwortung getragen und widerspiegeln, wie die 4. Tagung des ZK feststellte, „das Vertrauen in die Politik der Partei, die gewachsene gesellschaftliche Aktivität und die Bereitschaft der Bürger, einen größeren eigenen Beitrag zur Verwirklichung der Beschlüsse des IX. Parteitages zu leisten“.

Worum geht es den Bürgern in diesen Eingaben? Es geht ihnen um den beschleunigten wissenschaftlich-technischen Fortschritt, um eine erhöhte Kontinuität und Effektivität der Produktion, um die Qualität der Erzeugnisse, um bessere Arbeitsorganisation und Auslastung der Grundmittel, um das volle Nutzen der Arbeitszeit. Viele Vorschläge zielen auf weiter verbesserte Arbeits- und Lebensbedingungen. Nach wie vor geht es um sehr ernst zu nehmende, meist berechnete, manchmal nicht sofort realisierbare Anträge, die das persönliche Leben des einzelnen betreffen, besonders seine Wohnverhältnisse. Alle diese Eingaben sind von hohem gesellschaftlichem Rang.

Recht und Pflicht zum
Mitplanen und
Mitregieren

Immer mehr Bürger machen also in dieser oder jener Form von ihrem Recht Gebrauch, mitzuplanen, mitzuregieren, mitzuarbeiten an der Lösung kleiner und großer Aufgaben. Sie sehen in zunehmendem Maße im Mitplanen und Mitregieren nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht des sozialistischen Bürgers. Es geht ihnen darum, das Gute noch besser zu machen, indem Schlechtes und Unvollkommenes beiseite geräumt wird und neue Reserven erschlossen werden. Das ist Ausdruck der Sorge der Bürger um das weitere Gedeihen ihrer sozialistischen Heimat; so sind das Bewußtsein, die gesellschaftliche Aktivität, die politische Reife der Menschen gewachsen.

Alles geschieht zum
Wohle des Menschen

Viele von denen, die da ihre Eingaben, ihre Hinweise und Vorschläge auf schreiben oder mündlich darlegen, denken dabei sicher nicht: Jetzt will ich einmal mitregieren und mitplanen. Sie tun es als etwas Selbstverständliches, weil sie erfahren haben und täglich erfahren, daß bei uns nichts um seiner selbst willen, sondern alles für das Wohl der Menschen geschieht. Das Volk ist nicht für Partei und Regierung da, sondern Partei und Regierung für das Volk. Darum haben sie Vertrauen, und sie wissen, ihr Wort gilt. Das beflügelt die Gedanken, läßt den einen zur Feder greifen oder an das Rednerpult treten. Das führt den anderen ins Zimmer des Parteisekretärs, zum Werkleiter, zur BGL, zum Abgeordneten, ins Rathaus. Der Inhalt und die ständig wachsende Zahl der Eingaben berechtigen zu der Feststellung: Hier handelt es sich um eine der vielfältigen und wirksamen Formen der Mitwirkung der Bürger an der Leitung des Staates. Das ist sozialistische Demokratie in Aktion.